



BürgerInnenbrief

10. Oktober 2011

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

HVV +++ Arbeitsmarkt +++ Pferdezucht? +++ Wohnen & Mieten +++ Karoquartier +++ Sperrgebiet St. Georg? +++ Kulturipp

Nahverkehr stärken, statt Preise anheben!

Von Heike Sudmann



Mobilität für alle!

Es war ja zu erwarten, aber es bleibt eine sozial- und verkehrspolitisch fatale Fehlentwicklung: Unter dem Titel »Änderung des Gemeinschaftstarifs des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV)« teilte der Senat Anfang Oktober mit, dass die dem HVV angeschlossenen Unternehmen zum 1. Januar 2012 die Tarife um durchschnittlich 2,8% erhöhen wollen. Eine beantragte Vorwegüberweisung in die (meist unterhalb der öffentlichen Wahrnehmung tagenden) Ausschüsse ist von der GAL und der LINKEN abgelehnt worden. Das brisante Thema gehört in die Bürgerschaftssitzung am 26. Oktober und muss dort vor aller Öffentlichkeit debattiert werden.

Warum ist das Thema brisant? Der HVV hatte bereits zum 1. Januar 2009 die Preise durchschnittlich um 1,8% und zum 1. Januar 2010 dann um weitere 3,2% angehoben. Nun plant er die dritte Erhöhung. Die Einzel- und Tageskarten sollen um 2,6% teurer werden (eine Kurzstreckenkarte z.B. von 1,30 auf

1,40 Euro), allgemeine Zeitkarten um 2,7%, Schülerzeitkarten »nur« um 2,2%, Auszubildendenzeitkarten dagegen um 3,0%, CC- und Seniorenkarten sogar um stolze 3,8%. Mit der vorgesehenen Verteuerung würde der HVV erneut über der allgemeinen Preissteigerungsrate bleiben und die BürgerInnen zusätzlich abzocken, obwohl sie in den vergangenen Jahren bereits durch Reallohnabbau, galoppierende Tarife und Mieten doppelt und dreifach belastet waren.

Begründet wird diese dritte Tarifierhöhung in Folge (in der Summe ein Anstieg von 7,8% in nur vier Jahren!) mit der allgemeinen Preisentwicklung, aber auch mit zusätzlichen Kraftstoff-, Personal- und Fahrzeugkosten als Ergebnis der wachsenden Fahrgastzahlen: 2006 zählte der HVV 618,0 Mio. Fahrgäste, 2008 waren es 638,1 Mio., 2009 schon 656,1 Mio. und 2010 sogar 676,3 Mio. Ich bezweifle, dass diese Argumentation stichhaltig ist. Zunächst einmal sind Fahrgastzuwächse

ein erfreuliches Zeichen dafür, dass mehr Menschen mit Bussen, U- und S-Bahnen fahren und damit den so genannten Modal Split geringfügig zugunsten des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) – also weg vom Auto – verändern.

Aber welche Verbesserungen in der Qualität und Angebotsdichte hat es denn real gegeben? Fährt heute beispielsweise selbst der Metrobus morgens und abends und auf allen Strecken in so geringen Abständen wie die Busse im Allgemeinen noch vor dessen Einführung? Wie viel Geld fließt in den Bau der superteuren U4 in die HafenCity, die mit einer dauerhaften Busverbindung erheblich günstiger hätte angebunden werden können? Wie lange sollen die Menschen in Steilshoop und am Osdorfer Born noch vergeblich auf ihren U-Bahn-Anschluss warten? Wie ist es mit den neuen Bussen, in denen die Stehplätze zwar zu-, die Sitzplätze aber abgenommen haben? Wie verhält es sich mit den Online-Tickets »zum Selberdrucken« im Verhältnis zum Personalbestand in den Servicebüros? Qualitätsverbesserungen? Sinnvolle Investitionen? Ich kann jedenfalls keine sinnvollen erkennen.

Andererseits bleibt Skepsis angesagt, ob die in den vergangenen Jahren durch Fahrpreiserhöhungen erzielten zusätzlichen Mittel tatsächlich den KundInnen in Form von verbesserten Angeboten zugute gekommen sind oder ob es nicht vielmehr darum ging, die Expansionsbestrebungen der Unternehmen zu befördern. Ich erinnere nur an die »BeNex«, eine Tochter der Hamburger Hochbahn AG, die europaweit unterwegs ist, um regionale Verkehrsnetze aufzukaufen. Das hat mit einer Angebotsverbesserung in Hamburg nichts zu tun, erfordert aber zig Millionen Euro für entsprechende Investitionen. Und es wäre zu prüfen, wie viel Geld eigentlich in den letzten Jahren investiert wurde, »um die hohe Dichte und Qualität des ÖPNV-Angebots zu sichern«, wie der Senat behauptet, und wie viel für ganz andere Zwecke vergeudet wurde, die keinerlei Bezug zu den Interessen und Bedarfen der Fahrgäste vor Ort haben.

»Nahverkehrssysteme sind mittlerweile so etwas wie die Nervenbahnen großer Städte und bedürfen deshalb besonderer Beachtung. Hamburg braucht Mobilität.« Diese schönen Sätze verwandte Olaf Scholz in seiner ersten Regierungserklärung als frisch gebackener Erster Bürgermeister am 23. März 2011 vor der Bürgerschaft. Wenn aber die Nahverkehrssysteme die Nervenbahnen unserer Metropole sind und Hamburg mehr öffentliche und damit auch sozial gerechtere Mobilität benötigt, dann ist eine erneute Tarifierhebung das genaue Gegenteil dessen. Um die immer massiveren Probleme durch den Individualverkehr (CO²-Ausstoß, Lärmbelastungen, Flächenfraß etc.) zu entschärfen und den »Modal Split« zugunsten des ÖPNV weiter zu verändern, müssten zudem erheblich mehr, schneller und nachhaltiger Menschen dazu animiert werden, vom privaten PKW auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen.

Auch dies geht ganz sicher nicht durch eine regelmäßige Erhöhung der HVV-Tarife. Eine sozial-, verkehrs- und umweltpolitisch wirklich vernünftige Zielsetzung wäre es stattdessen, den Öffentlichen Personennahverkehr günstiger zu gestalten. Dies birgt auch die Chance, dass die in den benachteiligten Quartieren abgehängten Menschen wieder ihr soziales Grundrecht auf Mobilität wahrnehmen können.

Was HVV und SPD-Senat den Menschen dieser Stadt zumuten wollen, ist ein Unding. DIE LINKE wird in der Hamburgischen Bürgerschaft gegen die Tarifierhebung votieren. Wohlwissend, dass die mit ca. 13 Mio. Euro (davon 10,7 Mio. Euro auf Hamburger Gebiet) prognostizierten Mehreinnahmen für den HVV dann ausbleiben würden und durch höhere Zuschüsse der Stadt ausgeglichen werden müssten. Die Sicherung des Lebensstandards, gar eine Verbesserung der sozialen Mobilität vieler Menschen ist nicht dadurch zu erreichen, dass deren Belastungen permanent erhöht werden. Das funktioniert nur, indem vorhandene Mittel besser verteilt bzw. umverteilt werden.

Sozialer Arbeitsmarkt in Hamburg

Ein wenig überzeugender Ansatz der SPD

von Joachim Bischoff und Meinulf Kroen

Dass Ein-Euro-Jobs erst langfristig und selbst dann nur leicht positive Eingliederungswirkungen erreichen, ist das Ergebnis aus mehreren bundesweiten Untersuchungen. Ob Ein-Euro-JobberInnen bessere Chancen auf eine reguläre Stelle haben, hängt davon ab, bei welcher Beschäftigungseinrichtung sie gearbeitet haben. Diese bescheidene Eingliederungswirkung ist durch eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) für Hamburg noch weiter eingegrenzt worden. »Bei den erfolgreichsten Trägern führen Ein-Euro-Jobs schon nach drei Monaten zu einer Steigerung der Beschäftigungschancen«, heißt es in der Studie. Die Forscher nahmen dafür elf Einrichtungen unter die Lupe. Drei waren erfolgreich. Ihnen gelang es, Teilnehmer an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen. Bei den anderen Anbietern wa-

ren selbst nach eineinhalb Jahren keine besseren Beschäftigungschancen festzustellen. Das IAB empfiehlt, die Qualität der Träger stärker als bisher in den Blick zu nehmen.

Die Aufmerksamkeit für das lange Zeit hoch gelobte Instrument der Arbeitsmarktpolitik ist verständlich vor dem Hintergrund der massiven Kürzungen – mit dem erklärten Nebenzweck, Milliarden einzusparen. Schon in diesem Jahr sank die Zahl der Ein-Euro-Jobs um knapp 40% auf rund 200.000. Der »Eingliederungstitel«, aus dem auch die Ein-Euro-Jobs finanziert werden, soll bis 2014 um zwei auf insgesamt drei Milliarden Euro sinken. Die SPD regierten Bundesländer haben bei dieser »Instrumentenreform« einige Änderungen durchsetzen können, aber insgesamt wollen sie gegen das im Bundesrat nicht zustimmungspflichtige Gesetz weiter vorgehen.



Ein-Euro-Joberin beim Treppenputzen

Die »Instrumentenreform« ist Teil des Sparpakets der Bundesregierung für den Bereich Soziales und Arbeitsmarkt. Sie nutzt die Arbeitslosenversicherung, aber auch das System Hartz IV bewusst als finanzpolitischen Steinbruch. So werden die Restbestände an Fördermaßnahmen noch weiter zusammengestrichen. Auf der Grundlage des Entwurfs des Bundeshaushalts vom 6.7.2011 werden im Jahr 2012 nur noch 40,5% oder 2,57 Milliarden weniger als im Haushaltsjahr 2010 als Eingliederungsmittel für die Jobcenter zur Verfügung stehen. In Hamburg gab es für das Jobcenter im Jahr 2010 noch 187,6 Mio. Euro, während 2011 nur noch 134,3 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Im Jahr 2012 werden es dann sogar nur noch rund 111 Mio. Euro sein.

Die Streichattacken wirken sich schon jetzt verheerend aus. Wenn dann auch noch für nächstes Jahr ein noch stärkerer Kahlschlag bei den Eingliederungsmitteln durchgesetzt wird, haben die Langzeiterwerbslosen kaum noch Eingliederungschancen. Vermittlung konzentriert sich nur mehr auf prekäre Beschäftigungen wie Leiharbeit und befristete Arbeit ohne Perspektive. Mit dem bundespolitischen Sparpaket wird zudem kaum noch eine zielgerichtete Aus- und Weiterbildung möglich sein, obwohl der von der Wirtschaft beklagte Fachkräftebedarf allen Anlass geben würde, die Ausgaben dafür eher aufzustocken. In kaum noch einem Bereich wird es mit den drastisch reduzierten Mitteln noch eine »aktive« Arbeitsmarktpolitik geben.

Es ist eine Sache, bei der Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen aufzuräumen und die Förderung von Arbeitslosen zielgenauer zu machen. Etwas anderes ist es aber, die Erwerbslosen nur noch als Kostenfaktor zu sehen und Einglie-

derungshilfen für Langzeiterwerbslose durch radikale Mittelkürzungen zukünftig zu verhindern.

Für die sozialen Beschäftigungsträger in Hamburg ist die Situation dramatisch. Bislang haben sie vor allem auf Ein-Euro-Jobs gesetzt. Jetzt ist klar, dass das ein Auslaufmodell sein wird. Waren bisher die Pauschalen für Anleitung, Betreuung und so genanntes Overhead individuell zu vereinbaren und am Bedarf orientiert, sollen künftig auch diese zusammengestrichen werden. Sozialsenator Detlef Scheele hat den Gesetzentwurf zwar im Bundesrat kritisiert. Er bezeichnete die Pläne der Bundesregierung als Sparen zur falschen Zeit an der falschen Stelle. Laut Arbeitsmarktprogramm sollen in Hamburg künftig gleichwohl weiterhin 3.900 Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II besetzt werden.

Diese Instrumente der Arbeitsmarktpolitik sind nachweislich ungeeignet für die Schaffung nachhaltiger sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt. Sie eignen sich insbesondere nicht dazu, die vom Senat als vordringlich erkannte Aufgabe der sozialen Stadtentwicklung zu befördern. Die drängenden Aufgaben in der sozial gespaltenen Hansestadt können nachhaltig nur angegangen werden, sofern der Senat die arbeitsmarktpolitische Initiative zurückgewinnt und mit einem Landesprogramm zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen nicht allein Perspektiven für Langzeitarbeitslose schafft, sondern auf diesem Wege auch hochwertige binnenkonjunkturelle Impulse setzt.

Trotz der kritischen Ergebnisse der aufwendigen Studie soll es also im Jahr 2012 weiterhin 3.900 Ein-Euro-Jobs geben, die aber nur noch für Menschen mit hohem psychosozialen Betreuungsbedarf vorgesehen sind. Bei einem zentralen Trä-

ger sollen 40 Stellen für eine zusätzliche psychosoziale Betreuung aus Landesmitteln eingerichtet werden. Einzig neu ist, dass die Ein-Euro-Jobs immer in Richtung auf anschließende Trainingsmaßnahmen gestaltet werden sollen. Es soll für die Träger zwar möglich sein, die Erstattung der Kosten des erforderlichen Betreuungspersonals bei entsprechendem Anleitungsbedarf zu beantragen. Die ursprünglich geplante enge Deckelung dieser Kosten ist damit zwar vom Tisch. Es ist aber keineswegs klar, ob dadurch in Hamburg überhaupt die bisherige, minimale Betreuung und Anleitung aufrechterhalten werden kann. Es ist vielmehr naheliegend, dass die neuen zentralen 40 SozialpädagogInnen zur psychosozialen Betreuung als Argument dafür genutzt werden, bei den sozialen Trägern vor Ort die Betreuung nochmals herunterzufahren. Ein begrenztes Trägersterben wird von Arbeitsagentur und Senat also einkalkuliert.

Von einem »sozialen Arbeitsmarktes« gibt es dagegen keine Spur. Senator Scheele kommt nicht auf die Idee, sich für so etwas wie den dringend gebotenen Passiv-Aktiv-Tausch zur Finanzierung eines öffentlich finanzierten Beschäftigungsbereichs anstelle der Ein-Euro-Jobs im Bund einzusetzen – ganz im Gegensatz zur SPD in anderen Bundesländern, etwa in Nordrhein-Westfalen. Damit wird eine Transaktion der bisherigen Mittel zur Finanzierung der Langzeitarbeitslosigkeit (Regelsatz und Kosten der Unterkunft) auf den Weg gebracht, die als Basis für ein Mindesteinkommen genommen und durch die BA oder den Staat weiter aufgestockt wird. Durch die Beachtung von Mindestlöhnen und die Sozialversicherungspflichtigkeit werden Sozialabgaben und Steuern bezahlt, so dass in der Folge auch Rentenansprüche erworben werden.

Es gibt Problemgruppen am Arbeitsmarkt, die an der positiven Beschäftigungsentwicklung überhaupt nicht parti-

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Hamburg plant, sich 2013 mit dem **Chilehaus mit Kontorhausviertel und angrenzender Speicherstadt** als Weltkulturerbe zu bewerben. Aus diesem Anlass gibt es am **13. und 14. Oktober** in der Speicherstadt eine internationale Fachtagung »Stadtentwicklung zur Moderne« (<http://www.icomos.de/>)

Um **Echte Demokratie jetzt!** geht es am Samstag, den **15.10., von 14.00-17:00 Uhr auf dem Rathausmarkt**. An diesem internationalen Aktionstag wird gegen die Diktatur der Finanzmärkte protestiert – viele US-BürgerInnen machen es uns gerade vor – und soziale Gerechtigkeit auf allen Ebenen gefordert. Veranstalter sind u.a. attac Hamburg, Echte Demokratie jetzt und DIE LINKE (www.echte-demokratie-jetzt-hamburg.de)

Am Montag, den **17.10.**, wird ab 19:00 Uhr in der BI Rudolfstraße 5 über den **MietenWahnsinn in Wilhelmsburg** diskutiert. Nicht zuletzt stehen natürlich die **Demo gegen den Mietenwahnsinn** am 29. Oktober und Formen des Widerstandes vor Ort auf dem Programm.

Griechenland am Abgrund, der Euro am Ende? Viele fragen sich, welche Auswirkungen hat die Staats- und Finanzkrise auf die Europäische Union, den Euro und Hamburg? Veranstaltung mit Joachim Bischoff am Donnerstag, den **20.10., um 19:30 Uhr** im Drachenbau-Gemeinschaftsraum (Schmiliskystraße 6a, Hinterhof).

Am Samstag, den **22.10.**, findet von 11.00-22:00 Uhr im Gängeviertel ein internationaler Kongress zu **Strukturen alternativer Projekte** statt. Der auf englisch gehaltene Workshop dient dem Erfahrungsaustausch von autonomen sozio-kulturellen Orten (u.a. aus Basel, Kopenhagen und Amsterdam).

Ist St. Pauli noch zu retten? Über diese Frage sprechen u.a. die GWA St. Pauli, die Initiativen Esso-Häuser und Es regnet Kaviar am Samstag, den **22.10. ab 15:00 Uhr** in der Ganztagschule St. Pauli (Bernhard-Nocht-Straße 12). Die 1. Stadtteilversammlung S.O.S. St. Pauli dient auch der Entwicklung von Alternativen und Aktionen.

Die **Wirtschaftsdemokratie** ist Thema einer Veranstaltung im Rahmen der Bildungsarbeit der Hamburger LINKEN. Welche Möglichkeiten der gesellschaftlichen Umgestaltung eröffnet dieses aus den 1920er Jahren stammende Konzept unter den gegenwärtigen Bedingungen des Finanzmarktkapitalismus? Am Mittwoch, den **25.10., 18:30 Uhr**, diskutiert dazu Ulrike Zerhau im Guttemplerhaus in St. Georg (Böckmannstraße 3).

Vom **28. bis 29. Oktober** veranstalten die Universität Hamburg und verschiedene genossenschaftliche Einrichtungen im Museum der Arbeit (Wiesendamm 3) eine Tagung zur **Genossenschaftsgeschichte**. Im Mittelpunkt stehen dabei die hamburgischen Wohnungsbaugenossenschaften. Der Teilnahmebeitrag beläuft sich auf 20 Euro, für Studierende 10 Euro. Infos unter www.museum-der-arbeit.de, Anmeldung bis zum 20. Oktober bei Dr. Holger Martens (E-Mail h.martens@arcor.de).

zipiert und auch künftig keine Chance haben. Das sind vor allem gering Qualifizierte, Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitssuchende über 49 Jahre. So ist die Zahl der Arbeitslosen, die 50 bis unter 65 Jahre alt sind, im Vorjahresvergleich um 7,2% gestiegen. Zudem gibt es heute 4,1% mehr Langzeitarbeitslose als noch im September 2010. Besonders schwierig ist die Situation auch für Schwerbehinderte. Im September 2011 waren 16% mehr Schwerbehinderte ohne Arbeit als im Vorjahresmonat.

Angesichts dieser Problemgruppen und der unsicheren Zukunftsaussichten wäre dringlich ein Kurswechsel in der Hamburger Arbeitsmarktpolitik geboten. Um mehr Menschen in Arbeit zu bringen und dem drohenden Beschäftigungsabbau bei einem konjunkturellen Abschwung gegenzusteuern, müsste Hamburg auch mehr Mittel aus dem Landeshaushalt in die Hand nehmen. Denn durch die Kürzungspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung fehlen der Stadt (aufbauend bis 2014) jährlich 100 Mio. Euro für eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

Der SPD-Senat weigert sich mit Verweis auf die »Schuldenbremse« beharrlich, eine für- und vorsorgliche Arbeitsmarktpolitik für Arbeitslose und Beschäftigte in die Wege zu leiten. Der Arbeitsmarkt gehört offensichtlich nicht zu den prioritären Handlungsfeldern der »ordentlich Regierenden«. Es gibt jedoch auch in Hamburg einen Sockel an Langzeitarbeitslosen, bei einem Drittel von ihnen liegt die letzte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sechs oder mehr Jahre zurück. Viele haben gesundheitliche Beschwerden. Ein leistungsfähiger sozialer Arbeitsmarkt müsste insbesondere diesen Menschen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen eine neue Perspektive auf Beschäftigung eröffnen und ihnen die Teilhabe am Arbeits- und Sozialleben ermöglichen. Es geht darum, diese wieder an gute Arbeitsplätze heranzuführen und ihnen so ein auskömmliches Einkommen zu verschaffen. Deshalb müssen öffentlich geförderte Beschäftigungen sozialversicherungspflichtig sein und tariflich entlohnt werden. Unterste

Haltelinie muss der gültige Mindestlohn und die Annahme des Beschäftigungsangebotes natürlich freiwillig sein.

Mit der bisher vom Senat verfolgten Politik werden bislang von den sozialen gemeinnützigen Trägern angebotene soziale Dienstleistungen in den Quartieren ohne sinnvollen Ersatz einfach wegfallen. Eine Ausnahme sollen dabei nur noch die Schulkantinen sein. Ein relevanter Teil der sozialen Träger wird dadurch aber zur Aufgabe gezwungen, da sie mit den Schulkantinen allein nicht überlebensfähig sein werden. Übergangsprogramme gibt es zudem nicht.

Allein bei qualifizierten Trägern gibt es positive Effekte der Eingliederung. Keine Frage: Der Umgang mit den sozialen Trägern kann ausgebaut werden. Dies hat auch der Senat begriffen: Der Einkauf von Leistungen im Rahmen der Vergaben durch Ausschreibung soll verbessert werden. Qualitätsaspekte sind gegenüber der Preiskomponente stärker zu gewichten: Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Anbieters; Einbindung des Leistungserbringers in die lokalen Strukturen des örtlichen und regionalen Arbeitsmarktes; Vorlage eines pädagogischen und arbeitsmarktpolitischen Gesamtkonzeptes, welches zielgruppenspezifische Betreuungsschlüssel und Förderansätze umfasst; ausreichende Qualifizierung des einzusetzenden Personals und Beachtung von tariflichen und anderen Qualitätsmaßstäben bei der Beschäftigung von Personal durch die Leistungserbringer. Die Vergabe von Aufträgen im Rahmen so genannter Konzessionen wird systematisch erprobt und evaluiert.

Gleichwohl hilft nur ein Dreischritt aus der politischen Sackgasse: Erstens ermöglicht ein Landesprogramm Arbeit eine deutliche Aufstockung der Mittel; zweitens können die Aufgabenbereiche Vermittlung, Qualifizierung und öffentliche Beschäftigung grundlegend verbessert werden; drittens wären die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und die Förderung von qualifizierten Trägern ein großer Schritt zu einer wirklichen Integrationspraxis.

Kurzanalysen & Kommentare Dokumente & Termine

Aktuelle Positionsbestimmungen, Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Wer aktuell informiert sein möchte, sollte lieber einmal mehr vorbeischaun!

The screenshot shows a website for Dr. Joachim Bischoff, a member of the DIE LINKE Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. The main headline is "Steuerplus: Die LINKE fordert sinnvolle Investitionen statt vorgezogenes Schuldenverbot". The article text states: "Die Finanzstrategie Hamburgs hat sich im 1. Halbjahr 2011 deutlich verbessert. Dazu haben vor allem die wegen der guten Konjunkturerholung kürzeren Steuerminimierungen beigetragen. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahresniveau um knapp 370 Mio. Euro bzw. 5,3%. Da gleichzeitig die Betriebsausgaben etwa auf Vorjahresniveau gehalten sind und die Investitionen um etwa 20 Mio. Euro abgesenkt wurden, ergibt sich unterem Strich ein Überschuss von 260 Mio. Euro. 2010 war demgegenüber zur Jahresmitte noch ein Defizit von 475 Mio. Euro zu verzeichnen." The website also features a navigation menu with "Alle Beiträge" and "Wähle den Monat" and a list of "Die Themen" including "Aktionen", "Arbeitsmarktpolitik", "BürgerInnenbrief", "DIE LINKE", "Fluss- und Werraufgaben", "HÄLFTUNGEN", "Heute", "Kommunikation", "SPD", "Zukunftsvision", "Verkehr", and "Wohnen".

Kaiserliche Pferdezucht



Als in Hamburg noch Pferde gezüchtet wurden

Haushaltsdebatten sind die Kerndebatten der politischen Auseinandersetzung, wird mit dem Haushalt doch entschieden, ob die städtischen Mittel (sofern sie nicht längst festliegen und via gesetzlich bereits geregelter Ausgaben gebunden sind) in weitere Leuchtturmprojekte, die Sicherung des Öffentlichen Dienstes oder in ein wirklich den Namen verdienendes Sozialticket fließen werden. Nun heißt es ja regelmäßig, Hamburg stecke in der Schuldenkrise und müsse an allen Ecken und Enden sparen. Tatsächlich würden die in den letzten zwei Jahren nicht absehbaren, einkalkulierten steuerlichen Zusatzeinnahmen von einer guten halben Milliarde Euro genügend »Stoff« bieten, um z.B. die Wohnungsbauförderung von 120 Millionen auf das Doppelte zu erhöhen, um der Wohnungsnot nachhaltiger entgegenzuwirken. Doch dies ist im Haushaltsentwurf nicht vorgesehen, deshalb wird es von der LINKEN als Antrag eingebracht.

An einem Beispiel soll hier einmal erläutert werden, wo im Etat Posten stecken, von deren Existenz vermutlich neun Zehntel der Hamburger Bevölkerung noch nie etwas gehört haben und über deren Nutzen man streiten kann. Nehmen wir das Beispiel die Totalisatorsteuer, ein gerne kaschiertes Privileg aus »vorkonstitutionellen Zeiten«. Wir räumen ein, auch wir als Abgeordnete und MitarbeiterInnen haben erst nach und nach erfahren und begriffen, um was es sich handelt...

Der Totalisator ist laut »Duden« die »Einrichtung zum Wetten beim Renn- und Turniersport«, findet sich also auf den Pferderennbahnen wie z.B. in Horn. Die Vorstellung, die man dabei entwickeln kann, ist so eine Wettbude am Geläuf. Nun werden aber Wetteinnahmen besteuert. Geregelt ist das im Rennwett- und Lotteriegesetz (RennwLottG) vom 22. April

1922, zuletzt geändert am 31. Oktober 2006. Dieses RennwLottG wiederum geht einerseits zurück auf das Reichsstempelgesetz von 1913 und – womit wir bei den Trabern und Galoppieren sind – auf das Gesetz betreffend die Wetten bei öffentlich veranstalteten Pferderennen vom 4. Juli 1905 (»Totalisatorgesetz«). Aus einer Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage erfahren wir, dass dieses Gesetz über die Artikel 123 und 125 Grundgesetz als Bundesrecht weiter besteht. Das meint »vorkonstitutionell«, ein Wort, das im Haushaltsausschuss gefallen ist, um eine Debatte darüber zu vermeiden.

Nun könnte man bei so viel legaler Untermauerung klein beigeben. Nicht aber, wenn man über einen unscheinbar wirkenden Etatposten im Haushaltsentwurf und darüber stolpert, dass in den Jahren 2011 und 2012 jeweils knapp 2 Millionen Euro aus der Totalisatorsteuer an die Pferdewett-sportvereine abgeführt werden sollen (übrigens auch schon in den Vorjahren, da ist es uns nicht aufgefallen). Der § 16 RennwLottG sieht nämlich vor, dass 96% der Totalisatorsteuereinnahmen gleich wieder an die Rennvereine gehen, die einen Totalisator betreiben. Nochmal für Unkundige: An den Totalisatoren schließen die Pferdenarren ihre Wetten ab (im Jahre 2010 in Höhe von 12.654.664,44 Euro). Der Staat belegt die Wetteinsätze mit einem Steuersatz von 16,66% und nimmt jährlich rund zwei Millionen Euro ein. Aber statt die Mittel für sinnvolle Projekte zu nutzen, gehen sie – bis auf eine kleine Bearbeitungsgebühr – zu 96% zurück an die elitären Rennsportvereine.

Wieso eigentlich und wofür? Darauf gibt § 1 RennwLottG eine richtungswisende Antwort, wobei daran zu erinnern ist, dass das »vorkonstitutionelle« Gesetz aus einer Zeit stammt, als noch ganze Reiterscharen mit dem Säbel auf den Gegner

Billstedt kommt!

Mehr als 150 BesucherInnen waren am 21. September im »Kulturpalast« zusammengekommen, um über die Problemlage und Perspektiven Billstedts zu beraten. Allein die Anzahl dürfte für die OrganisatorInnen – die beiden Stadtteilvereine »Wir für Billstedt« und die alternative Schwester »Hallo Billstedt« – ein Erfolg gewesen sein. Von dieser Stelle ein besonderer Dank an das Herz der Veranstaltung, an Uwe Böhm (»Hallo Billstedt«), der nicht nur als Moderator den acht (!) Podiumsgästen aus Parteien, Wissenschaft und Recht-auf-Stadt-Netzwerk, sondern auch als Mann an der Klampfe deutlich machen konnte: Billstedt kommt! Dafür war die Veranstaltung schon mal ein guter Auftakt, und wir sind gespannt, welche Aktivitäten gegen Mieterhöhungen und Wohnungsknappheit, für eine Verbesserung der sozialen und Beteiligungsstrukturen daraus erwachsen.

zustürmten. In unserem RennwLottG heißt es heute, dass die Erlaubnis zur Unterhaltung eines Totalisators »nur solchen Vereinen erteilt werden (darf), welche die Sicherheit bieten, dass sie die Einnahmen ausschließlich zum Besten der Landespferdezucht verwenden«. Wir haben dem Senat die Fragen nicht ersparen wollen, ob die in den Genuss der Totalisatorsteuer kommenden Vereine das Geld tatsächlich dafür verwenden und welche Rolle die Landespferdezucht überhaupt noch in Hamburg spielt.

Die Senatsantwort kann einem schon ein Wiehern abringen: »In Hamburg betreibt keiner der Vereine eine Pferdezucht. Die in Hamburg zugelassenen Rennvereine führen jedoch Leistungsprüfungen für Pferde nach dem Tierzuchtgesetz durch... Die wirtschaftliche Bedeutung der Pferdezucht ergibt sich insbesondere aus der Durchführung von Leistungsprüfungen wie dem Deutschen Derby sowie dem Großen Preis von Deutschland. Sie genießen ein hohes Ansehen und wirken sich wie andere Veranstaltungen positiv für den Wirtschaftsstandort Hamburg aus. Die Durchführung der Leistungsprüfungen in Hamburg dient der Stärkung der« – so wortwörtlich die Senatsantwort – »Deutschen Pferdezucht insgesamt und ist somit von überregionaler Bedeutung«.

Im Klartext: Hamburgs Rennsportvereine betreiben gar keine Pferdezucht, aber Derbys und dergleichen stärken die hamburgische Wirtschaft und irgendwie auch die »Deutsche« Pferdezucht im Großen und Ganzen. Wahrscheinlich werden die siegreichen Pferde regelmäßig zu Deckhengsten und befruchten damit buchstäblich die Deutsche Landschaft...

Jedes Jahr vergeudet der Hamburger Staat nahezu zwei Millionen Euro Steuereinnahmen für Pferdewettvereine, die ihre Derbys aus rein ökonomischen Gründen betreiben. Diese aus Kaisers Zeiten herrührende Regelung gehört abgeschafft. Dafür müsste sich doch auch bei SozialdemokratInnen und Grünen auf Bundesebene eine Mehrheit finden lassen?

DIE LINKE in der Bürgerschaft jedenfalls will das nicht auf sich beruhen lassen und wird in der Etatdebatte beantragen, die Abführung der Totalisatorsteuer an die Rennvereine ab sofort einzustellen, die dadurch frei werdenden Steuereinnahmen von jährlich etwa 1,92 Mio. Euro im Etat für sinnvolle sportliche Projekte zu verwenden, konkret für die Förderung des Schwimmunterrichts der Grundschulklassen in den besonders benachteiligten Stadtteilen wie Billstedt und Wilhelmsburg, wo die Kinder teilweise bis zu 100% das Schwimmen bis zum Ende der vierten Klasse nicht erlernen, und schließlich auch die städtischen Mittel zur Sicherung der Leistungsprüfungen im Trabrennsport einzusparen und ebenfalls für die Verbesserung des Schwimmunterrichts umzuwidmen.

Nachtrag: Gerade hat die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation laut »Amtlichem Anzeiger« dem »Win Race Rennverein e.V.« nach § 1 RennwLottG vom 8. April 1922 in Verbindung mit §§ 2 und 5 der Ausführungsbestimmungen zum RennwLottG vom 16. Juni 1922 die »Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators auf der Trabrennbahn in Hamburg-Bahrenfeld am Sonntag, dem 16. Oktober 2011, erteilt«. Horrido, Ihr Euros!

Wohnen darf kein Glücksspiel sein

»Glücksspiel Wohnen«, so leitet die Szene Hamburg ihren Titelbericht in der neuen Oktoberausgabe ein. Und in der Welt ist die Schlagzeile »Experten erwarten weiter steigende Mieten« (1.10.2011) zu lesen. Seltsam nur, dass das Institut für Demoskopie Allensbach in seinem kuriosen »Glücksatlas Deutschland 2011« die HamburgerInnen als diejenigen mit der größten »Lebenszufriedenheit« sieht. Wie viel Zufriedenheit bleiben wird, wenn in ca. vier Wochen der neue »Mietenspiegel« von der Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau vorgestellt wird, lassen wir einmal offen.

Die Mietenexplosion jedenfalls hat bereits jetzt schwindelerregende Höhen erreicht: Eine Steigerung im ersten Halbjahr 2011 gegenüber 2010 um bis zu 11% meldete das Hamburger Abendblatt vom 21.9.2011. Die Hauptursache für diese Entwicklung ist der unter schwarz bzw. schwarz-grün völlig vernachlässigte Wohnungsneubau. Doch auch das Programm des neuen SPD-Senats, der das Problem mit jährlich 6.000 neu fertig gestellten Wohnungen angehen will, greift zu kurz. Mit dieser Zielzahl ist keinesfalls vor 2013, evtl. auch erst 2014, zu rechnen. »Nicht 6.000, sondern 12.000 neue Wohnungen



Demo vor der Roten Flora

pro Jahr sind nötig«, hieß es jüngst seitens des renommierten Pestel-Instituts. Und Matthias Voss, Leiter des Immobilienbereichs der »HCI Capital AG« ergänzt: »Es würden nicht die richtigen Wohnungen gebaut. Zu viele Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäuser sowie Objekte im hochpreisigen Sektor seien darunter. Benötigt würden aber vor allem preisgünstige Wohnungen.« (Die Welt vom 1.10.2011)

Nur maximal 1.200 von den insgesamt 6.000 anvisierten Neubauwohnungen werden im ersten Förderweg (5,90 Euro/qm), weitere 800 im neu geschaffenen zweiten Förderweg (8,00/qm) entstehen, viel zu wenig, um die klaffende Lücke gerade bei bezahlbaren Wohnungen zu schließen. Und so werden wir uns leider in den kommenden Jahren auf weitere Mieterhöhungswellen einzustellen haben. DIE LINKE wird deshalb zur nächsten Bürgerschaftssitzung am 26. Oktober einen Antrag einbringen, der die Mieterrechte verbessern soll. In dem Antrag heißt es u.a. zur so genannten Kappungsgrenze: »Um den Mietpreisauftrieb insgesamt zu verlangsamen, wird die Möglichkeit für allgemeine Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete (§ 558 BGB) von 20 vom Hundert auf 15 vom Hundert gesenkt und der Mieterhöhungszeitraum von drei Jahren auf vier Jahre gestreckt. Damit wird eine wirksame Abschwächung der Mietentwicklung erwartet, die gleichfalls mittelfristig senkend auf die Entwicklung der ortsüblichen Vergleichsmieten im Mietspiegel wirkt.«

Nicht zuletzt wird auch eine Novellierung des Mietenspiegels gefordert, werden bei der Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete bisher doch nur die in den vorausgegangenen vier Jahren veränderten Mieten einbezogen, während unveränderte Bestandsmieten oder auch Mieten im geförderten Wohnungsbau unberücksichtigt bleiben. Und schließlich setzt sich DIE LINKE für die Einführung einer Mietobergrenze ein: Das bereits bestehende Verbot von Wuchermieten (die mehr als 50% über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen) muss ergänzt werden durch eine Orientierung an den realen Lebens- und Einkommensverhältnissen der Masse der Bevölkerung und darf 30% des Nettodurchschnittseinkommens eines Mieterhaushalts für die Miete keinesfalls überschreiten.

DIE LINKE diskutiert zur Zeit auf Basis eines Papiers mit dem Titel »Wohnungsmangel in der sozial gespaltenen Stadt – Eckpunkte der LINKEN zur Wohnungspolitik in Hamburg«, das am Freitag, den 14. Oktober 16:00 Uhr, mit den Linksfraktionen aus den sieben Bezirken im Landesbüro erörtert wird.

Zugleich rufen die Hamburger LINKE und deren Bürgerchaftsfraktion zur Teilnahme an der Demonstration wider den Mietenwahnsinn am Samstag, den 29. Oktober auf. Gestartet wird um 13:00 Uhr auf dem Millerntorplatz, gleich gegenüber dem Stadion des FC St. Pauli (siehe dazu auch den Aufruf auf der folgenden Seite).

Der nebenstehende, unter <http://mietenwahnsinn.rechtaufstadt.net/> herunterladbare Aufruf (siehe auch Seite 8) wurde bisher unterzeichnet von AG Altona-St.Pauli, AG Mieten im Netzwerk Recht auf Stadt, AG-Soziales der SOPO-Hamburg, AK Wohnraum für junge Menschen, AKU Wilhelmsburg, Aktionsbündnis gegen Studiengebühren, Allgemeiner Studierenden-Ausschuss (AStA) der Ev. Hochschule Hamburg, AStA der HAW Hamburg, Altonaer Plattform gegen Verdrängung, Altopia, Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten, »Andere Umstände«, Avanti – Projekt undogmatische Linke, Attac Hamburg, 1.& 3. Autonomes Hamburger Frauenhaus, AZ Altona, Ballkult e.V., Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE, Café Creisch, Café Exil, Centro Sociale, Chewbacca Sankt Pauli, die leute: real, DIE LINKE Landesverband Hamburg, Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V., EpiZentrum Wilhelmshaven, Es regnet Kaviar – Aktionnetzwerk gegen Gentrification, Fanladen St. Pauli, Frappant e.V., FSR Germanistik, FSR Sozialwissenschaften (Uni Hamburg), Gängeviertel, Geschichtswerkstatt St. Georg e.V., Gesellschaft für operative Kunst (GfoK), GWA St. Pauli e.V., hafenvokü, Hamburger Arbeitskreis Asyl e.V., Hart Backbord, HUDE – Jugendsozialarbeit in HH-Nord, Initiative Esso-Häuser, Interessengemeinschaft NoBNO, Kampagne »Flora bleibt unverträglich«, LaRAGE (Raum und Gender), Leerstandsmelder.de, Libertäre Harburg, Loco Grande St.Pauli, medibüro hamburg, Mieter helfen Mietern – Hamburger Mieterverein e.V., Mietshäusersyndikat Hamburg, multipress, Netzwerk zum Erhalt des Sternschanzenparks, Not in our name – Marke Hamburg, noya Hamburg, PIRATEN Hamburg – AG Stadtentwicklung, PIRATEN – Abgeordnetengruppe Bezirk Mitte, Planwirtschaft, Plenum des Infoladen Wilhelmsburg, Plenum der Roten Flora, Plenum der Wagengruppe Zomia, Projekt Revolutionäre Perspektive, Punkrock St. Pauli, quartieren, Regenbogen/Alternative Linke, SDS Uni Hamburg, Sidewalk, Streetlife e.V., Sozialpolitische Opposition Hamburg e.V., Stadtteilinitiative »Hallo Billstedt«, Stadtteilkollektiv Rotes Winterhude, supra magazin, Straßensozialarbeit Rahlstedt, Suttnerblog, ver.di-Jugend Hamburg, T-Stube, Verlag Assoziation A, Wohnprojekt Fuhlsbüttler Straße – Eibajalla e.V., Wohnprojekt Kleiner Schäferkamp, Zeckensalon St. Pauli.

MIETENWAHNSINN STOPPEN

WOHNRAUM VERGESELLSCHAFTEN

Knapp ein Jahr nachdem 5.000 Menschen mit der Forderung „Leerstand zu Wohnraum“ auf die Straße gingen, müssen wir feststellen: Ein grundlegender Kurswechsel in der Hamburger Wohnungspolitik ist nicht erkennbar.

Die Mieten steigen stadtweit auf unerträgliche Höhen, oftmals als Folge von Umstrukturierungsprozessen. Der Bedarf an günstigem, zentralem Wohnraum nimmt weiter zu. Neu gebaut werden nur hochpreisige Miet- und Eigentumswohnungen, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse von Anwohner_innen. Noch immer stehen auch 1,4 Millionen Quadratmeter Büroraum ungenutzt leer. Menschen die schon lange in ihrer Wohnung leben, wagen keinen Umzug, da sie sich die neue Miete nicht werden leisten können. Bei Mieterhöhungen die nicht bezahlbar sind, muss meist das komplette soziale Umfeld aufgegeben werden, da in den Vierteln auch keine andere bezahlbare Wohnung zu finden ist. Menschen mit Migrationshintergrund und PoCs (People of Colour) werden zudem noch durch rassistische Vorurteile an der freien Wahl des Wohnraums gehindert. Und ohne einen deutschen Pass kann es (ohne funktionierende Netzwerke) unmöglich werden zumutbaren Wohnraum zu finden. Befinden sich dann Menschen auch noch in der Situation mit einem geringen Einkommen oder mit Sozialgeld auskommen zu müssen, kann von freier Wahl der Wohnung und des Wohnorts meist nur geträumt werden. Für Menschen die sich in der Wohnungslosigkeit befinden ganz zu schweigen. So hält auch der Hamburger Wohnungsmarkt für alle die nicht die ökonomischen Ressourcen haben verschimmelte Wohnungen bereit.

Keine Mieterhöhungen durch den Mietenspiegel

Mit Erscheinen des Mietenspiegels im November wird den Vermieter_innen erneut die Möglichkeit geboten, weiter an der Mieterhöhungsspirale zu drehen, und das sogar gesetzlich begründet. Da der Mietenspiegel nur Mietvereinbarungen der letzten Jahre berücksichtigt, ist die Dynamik der Mietpreise verordnet. Zudem

ist der Bodenrichtwert das entscheidende Kriterium für die Frage ob eine Straße als gute Wohnlage gilt oder nicht. Machen sich Umwandler und Eigentumswohnungen breit, wie in gentrifizierten Quartieren, dann steigt der Bodenrichtwert und plötzlich ist z.B. die Koppel in St. Georg eine gute Wohnlage. Die Mieter bezahlen also für reiche Nachbarn mehr Miete.

Mietobergrenze jetzt

Um den Mietenwahnsinn in Hamburg zu stoppen, fordern wir, unverzüglich eine allgemeine Mietobergrenze, weit unterhalb der derzeitigen Durchschnittsmiete, einzuführen. Gesellschaftlich benachteiligten Gruppen muss der vorrangige Zugang zu Wohnraum gezielt ermöglicht werden. Der unsozialen Vorenthaltung von bestehendem Wohnraum muss aktiv entgegengewirkt werden, indem Besetzungen ungenutzter, leerstehender Gebäude nicht weiterhin kriminalisiert, sondern gesellschaftlich wie politisch akzeptiert und unterstützt werden. Der Neubau oder Abriss von Wohn- oder Gewerberaum darf nur unter gleichberechtigter Mitbestimmung und nicht gegen den Willen der Anwohner_innen umgesetzt werden.

Wohnraum vergesellschaften

Wir haben eine andere Vorstellung von Wohnungspolitik als die Immobilien-Verwertungscoalition aus Politik und Wirtschaft. Wohnraum ist für uns keine Ware, sondern ein öffentliches Gut, das wir zum Leben brauchen. Eine grundsätzliche Veränderung ist notwendig: Wohnraum muss dem profitorientierten Markt entzogen und allen Menschen zur Verfügung gestellt werden. Vergesellschaftung von Wohnraum heißt für uns, dass die Frage, wer wo wohnen kann, nicht länger von den finanziellen Ressourcen der einzelnen abhängt. Entscheidungen über Nutzung, Umgestaltung oder Schaffung von Wohnraum müssen von den Mieterinnen und Mietern selbst getroffen werden.

Die geplante Veröffentlichung des Mietenspiegels im Herbst nehmen wir zum Anlass, unsere Wut und Empörung über die Hamburger Wohnungspolitik auf die Straße zu tragen und unsere eigenen Vorstellungen vom Wohnen und Leben in einer Gesellschaft gleichberechtigter Menschen durchzusetzen.

DEMONSTRATION AM 29.10.11

13 UHR, MILLERTORPLATZ (U-ST.PAULI)

WWW.MIETENWAHNSINN.DE

V.i.S.d.P.: Paul Werner, Hochallee 11, 20146 HH

Karoviertel: Genossenschaft statt Eigentum!



Marktstraße im Karo Viertel

Das Karo Viertel ist bekanntlich Teil von St. Pauli. Mit seiner recht abgezielten Lage gleich neben der ehemaligen Rinderschlachthalle und dem Heiligengeistfeld macht es seit langem als bewegtes, aber eben auch von der Gentrifizierung bedrohtes Quartier von sich reden. Knapp 3.900 EinwohnerInnen in 2.400 Haushalten leben hier. Eine Besonderheit ist, dass sich die Gebäude in diesem langjährigen Sanierungsgebiet (seit 1988) zu einem Gutteil im Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg befinden und von der »Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft mbH« (STEG) treuhänderisch verwaltet werden. Die STEG wurde 1989 als städtische Gesellschaft gegründet, ist aber seit 2003 ein privatwirtschaftliches Unternehmen. Sie hat zurzeit noch 923 Wohnungen und 201 Gewerbeflächen im Karo Viertel unter ihren Fittichen, doch dies wird sich spätestens Ende 2012 mit dem offiziellen Auslaufen der Sanierungstätigkeit ändern.

Schon vor einigen Jahren las man »Die ehemalige Hochburg der Autonomen hat sich zur Modemeile gemausert« (Hamburger Abendblatt vom 22.10.2004). Veränderungen in den vergangenen zehn Jahren, die Auswirkungen der Sanierung und die Schickimickisierung sorgen für verbreitete Skepsis und

Ängste. Auch die STEG wird längst nicht mehr als vertrauenswürdiger Faktor eingeschätzt. »Kein Weg mit der STEG!« wurde zum flotten Spruch, der sich vielen Engagierten nicht nur im Karo Viertel eingepreßt hat.

Immerhin, der Senat unterstreicht in einer Antwort auf unsere Kleine Anfrage, dass »der Erfolg der Sanierung« durch den Erlass einer Sozialen Erhaltungsverordnung (in Hamburg immer im Zusammenhang mit einer Umwandlungsverordnung) bis Ende des Jahres »langfristig gesichert werden soll«. Doch das ist den BewohnerInnen nicht genug. Ende Mai 2011 kamen deshalb etliche von ihnen zusammen, um über »Zukunft des Karo Viertels« zu beraten. Konkretes Ergebnis war die Initiative zur Gründung einer »MieterInnen-genossenschaft Karo Viertel«, die sich dafür einsetzt, »ihren Mitgliedern günstigen Wohnraum im Karo Viertel bereitzustellen« und dafür natürlich den bisher von der STEG verwalteten Bestand in Teilen oder in Gänze zu übernehmen (mehr unter <http://karo.blogspot.eu>).

Die SPD-Mehrheit in der Hamburgischen Bürgerschaft hat diesem Ansinnen vorerst einen Riegel vorgeschoben. Die Forderung von GAL und LINKEN in der Bürgerschaftsdebatte am

29. September, das Treuhandeigentum in Genossenschaftseigentum zu überführen, scheiterte an der SPD, die eine Übertragung der Gebäude auf die SAGA GWG durchgesetzt hat. Trotz der vorläufigen Niederlage hält DIE LINKE an der Forderung fest, die in einer Presserklärung am Tag der Bürgerschaftssitzung begründet wird: »Die gegenwärtige Unruhe im Quartier ist gut nachvollziehbar, ist doch die Perspektive des Umgangs mit dem Treuhandeigentum von zentraler Bedeutung für die Zukunft des Gebäudebestandes, die Wohnperspektive und die soziale Absicherung von mehr als 2.000 Menschen sowie die Entwicklung des Viertels insgesamt. DIE LINKE unterstützt den aus dem Viertel kommenden Ansatz, eine genossenschaftliche Lösung anzuvizieren. Dadurch kann am besten gewährleistet werden, dass Wohnen auch in weiterer Zukunft dem renditeorientierten Wohnungsmarkt ent-

zogen bleibt. Von der Stadt ist daher zu verlangen, die Initiative zur Gründung der Mietergenossenschaft Karoiviertel bestmöglich zu beraten und zu begleiten. Der Vorschlag der SPD, den Bestand der SAGA GWG zu übertragen, überzeugt uns nicht. Die Ausrichtung dieses Wohnungsunternehmens war in den letzten Jahren zu sehr darauf bedacht, sich als ein profitables Wohnungsunternehmen zu präsentieren.«

Die Debatte ist also nicht beendet, auch wenn sich die SPD vorzeitig auf einen anderen als den genossenschaftlichen Weg festgelegt zu haben scheint. Dennoch, die STEG-Bestände werden nicht verscherbelt, die Mieten scheinen für die nächsten Jahre halbwegs gesichert zu sein. Das ist nicht der ganze Kuchen, aber schon mehr, als zu befürchten stand. Das ist auch Ergebnis des großen Engagements vieler Menschen und der Initiativen aus dem Karoiviertel!

St. Georg 2011 – (k)ein Stadtteil für alle!?

Eine Betrachtung aus Frauensicht

Von Anke Mohnert



Café Sperrgebiet in St. Georg

Wenn ich die Meinung so einiger NeubürgerInnen in St. Georg zur Kenntnis nehme und selbst das Oberhaupt der Bezirkspolitik davon ausgeht, dass die Straßenprostitution nun endlich ins Industriegebiet gehört, dann frage ich mich, wie konnte es eigentlich so weit kommen? Fast zehn Jahre nach Abschaffung der »Sittenwidrigkeit« und der Einführung des Prostitutionsgesetzes, nach dem die Sexarbeit eine legale Erwerbsmöglichkeit ist, sind diese Stimmen lauter denn je.

Die Diskriminierung und auch Illegalisierung hört einfach nicht auf, heute sind die Grundlagen dafür die Annahme der

kriminellen Zwangsprostitution und als repressives Element die Sperrgebietsverordnung, nach der die Straßenprostitution in sämtlichen Straßenzügen St. Georgs verboten ist und als Ordnungswidrigkeit geahndet wird. So in etwa wie das Falsch-

Anke Mohnert ist seit 1993 im »Sperrgebiet«, einer Anlauf- und Beratungsstelle für Mädchen und junge Frauen im Prostitutionsmilieu in Hamburg-St. Georg, als Sozialarbeiterin tätig und seitdem auch in Stadtteilgremien, Mediationsverfahren und Runden Tischen engagiert.

parken, nur deutlich teurer, und die Straßenprostitution führt beim wiederholten Male sogar zur Strafanzeige. Und das alles, obwohl die Prostitution für Erwachsene eine legale Erwerbsmöglichkeit geworden ist und in der Regel auch nicht auf der Straße stattfindet.

In St. Pauli gehört die Prostitution zum Tourismus und es wäre undenkbar, sie zu verbieten. Im Gegenteil, trotz der auch dort geltenden Sperrgebietsverordnung gibt es Zeiten und Orte, wo sie ausdrücklich erlaubt und gewollt ist. Alle, die einen Einblick haben, wissen, dass die Frauen dort unter Zuhältern arbeiten – und das, obwohl Zuhälterei weiterhin eine Straftat und also verboten ist. Aber irgendwie scheinen sich dort viele einig zu sein, anders in St. Georg. Im Hauptbahnhofviertel war die sich prostituierende Frau immer auch auf der Straße zu finden. Mal verdeckter, mal offener konnte jeder und jede sehen, was dort vor sich geht. Es gibt sogar eine Filmdokumentation über die Prostituierten in St. Georg, in der verschiedene Menschen zu Wort kommen und alle einig sind, dass die Prostitution zum Viertel gehöre und die Frauen ausgesprochen akzeptiert seien – »man kennt sich eben«.

Orte, an denen viele Menschen mit sehr unterschiedlichen biographischen Entwürfen und Vorstellungen leben, sind oft offen und ausgesprochen tolerant. Sie sind gewohnt, miteinander auszukommen oder sich einfach nur sein zu lassen. Doch das gelingt scheinbar nur dann, wenn diese Menschen keine Begehrlichkeiten nach günstigem Grundeigentum entwickeln und dann am liebsten unter sich bleiben wollen. Werden Stadtteile attraktiv, steigen die Preise und verdrängen damit diejenigen, die sich die höheren Mieten oder gar Quadratmeter im Eigentum nicht mehr leisten können. Seitdem dieser Trend anhält, hat sich die Stimmung im Stadtteil verändert. Einfach war es hier nie, doch zu Zeiten, als St. Georg ein Ort der illegalen Drogen, der Prostitution (besonders der Beschaffungsprostitution und von Minderjährigen) und der dort in Hotels untergebrachten Wohnungslosen war, entstand auch ein Netzwerk der Kommunikation. War ich es bisher gewohnt, als Sozialarbeiterin Abstand zu Polizei und Staatsmacht zu halten, so saß ich plötzlich mit Managern und Polizisten gemeinsam am Tisch, um Lösungen für die Zukunft des Quartiers zu entwickeln und den Ort für die AnwohnerInnen, aber auch für diejenigen, die diesen Ort als Lebensmittelpunkt haben, lebenswert zu gestalten. Für die DrogenkonsumentInnen hieß das im Ergebnis die Erweiterung der Öffnungszeiten einer niedrigschwelligen Anlaufstelle mit Konsumraum, bei gleichzeitiger Erhöhung repressiver Maßnahmen, wie z.B. der Platzverweise und Aufenthaltsverbote. Heute scheint dieses Problem im Quartier gelöst zu sein und es ist so gut wie kein Thema mehr in den Stadtteilgremien.

Anders für Frauen und Transsexuelle, die anschaffen gehen und die Kontakte auf der Straße herstellen. Anders für so genannte Randständige, die immer noch ihr mitgebrachtes Bier auf dem Hansaplatz trinken, und für Gastronomen, deren KundInnen zu diesen Gruppen gehören. Und auch anders für Hotelbetreiber, die ihre Zimmer stundenweise vermieten und damit der Prostitution einen Ort zur Verfügung stellen, der einigermaßen sicher ist. All das wird mit Kriminalität, Ruhestö-

rung, Vermüllung und Belästigung in einem Atemzug genannt, als wären diese Menschen die Ursache dafür. Es wird so getan, als würden diese Menschen am Rande der Gesellschaft stehen. Gesellschaftlich völlig akzeptiert sind jedoch Menschen, die bei Fußballspielen jede Menge Lärm und Müll produzieren und die Polizeikräfte der gesamten Stadt nötig machen, um die ärgsten Ausschreitungen, wie z.B. gefährliche Körperverletzungen, zu verhindern. Es ist also immer eine Frage der Mehrheiten?

Interessanterweise konnte ich in einem Buch von Richard J. Evans (Szenen aus der deutschen Unterwelt. Verbrechen und Strafe. 1800–1914. Reinbek bei Hamburg 1997) viele Parallelen zur heutigen Diskussion der Prostitution und der Prostituierten entdecken. Beschrieben wird dort u.a. die Geschichte von Thymian, Tochter eines angesehenen Apothekers, die professionelle Prostituierte wird: »Die Unterwelt, in die Thymian sich begab, war keine Welt der Unterschicht, der Armut und Entbehrung, sondern eine parallele Welt, die zwar durch einen unsichtbaren Vorhang von der ehrbaren Gesellschaft getrennt, aber auf jeder Ebene ihr verborgenes Abbild war.«

Aus diesem Blickwinkel betrachtet ist die Slowakin, die in St. Georg der Straßenprostitution nachgeht, eine Frau, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten erwerbstätig ist und damit ihre Familie und sich selbst ernährt. Dass sie in einem Hotel in St. Georg lebt, liegt dann wohl daran, dass kein Vermieter ihr hier oder anderswo in der Stadt eine Wohnung vermietet. Der abschließliche Blick auf sie als Opfer von Menschenhandel oder als permanent allfällige Person, die wiederholt eine Ordnungswidrigkeit begeht, hilft nur denjenigen, die das alles nicht sehen wollen.

Die Themen sind meines Erachtens andere. Warum werden nur diejenigen Menschen mit Respekt behandelt, die ein reguliertes Einkommen haben und »mehrheitsfähig« sind? Warum gibt es eine Sperrbezirksverordnung, wenn doch diese Erwerbstätigkeit legal ist? Warum werden Zäune gezogen, um Menschen von ihren Schlafplätzen fern zu halten? Warum gibt es auf dem Hansaplatz keine Bänke? Und ist zu befürchten, dass um den Brunnen auf dem Hansaplatz auch noch ein Zaun gezogen wird, weil dort die einzigen öffentlichen Sitzgelegenheiten sind?

Diesen Reglementierungen im öffentlichen Raum bis hin zur Privatisierung von öffentlichen Flächen kann nur entschieden widersprochen werden, weil es nämlich uns alle trifft. Nur bestimmte Menschen eben noch härter. Wer definiert die Problemlagen und mögliche Lösungen, wenn noch nicht einmal mit betroffenen Menschen gesprochen wird? Runde Tische, deren Ziel es von vornherein ist, Menschen als Problem zu sehen und zu kontrollieren, sind meiner Meinung nach völlig überflüssig. Hier bin ich wieder Sozialarbeiterin und Vertreterin von Menschenrechten und Frauenrechten, interessiert am Dialog, aber nicht bereit, Machtinteressen zuzuarbeiten.

Die Stadt und besonders auch St. Georg muss für alle offen bleiben. Nur im ständigen offenen Austausch entsteht die vielgerühmte Vielfalt, die im Leben Impulse setzt, und die Möglichkeit, sich individuell und gemeinschaftlich weiterzuentwickeln.

Kultur Tipp: Multikulti ist gescheiter



Multikulti – auch im Glauben

Mit zwei jeweils gut besuchten Veranstaltungen – Besichtigung von zwei Moscheen und zwei Stadtteilrundgänge – ist das Halbjahresprogramm der St. Georger Geschichtswerkstatt gestartet. Ansonsten mit Medienresonanz nicht gerade verwöhnt, hat die Presse diesmal ausführlicher berichtet – geht es doch um den Komplex Einwanderung, Integration und Sukzession von Menschen aus anderen Ländern und Kulturen.

Unter der Überschrift »Multikulti ist gescheitert! Was heißt hier überhaupt deutsch?« werden alles in allem 20 Veranstaltungen durchgeführt. In dem Programmflyer heißt es einleitend: »Der Ansatz Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert!« Mit dieser These überraschte Bundeskanzlerin Angela Merkel im Oktober 2010 die Öffentlichkeit. Gerade auch in St. Georg, einem der zentralen Einwandererstadtteile Hamburgs, dürfte dieser leichtfertig hingeworfene Satz reichlich Widerspruch hervorgerufen haben... Wer Menschen und Kulturen »aus anderen Ländern« kennen lernen will, muss nicht weit reisen, er findet alles vor Ort. Schließlich leben im Hauptbahnhofviertel etwa 100 Nationalitäten friedlich mit- oder zumindest nebeneinander. Das ist ein Pfund, das uns sagen lässt: Multikulti ist gescheitert!«

Am Montag, den 10. Oktober, wird das Programm mit zwei Vorführungen (17:00 und 19:00 Uhr) des Jungen Schauspielhauses im UTOPIA-Theaterbus auf dem Hansaplatz fortge-

setzt. Vor rund 25 BesucherInnen (mehr passen in den Bus nicht rein) wird die Geschichte des achtzehnjährigen Afrikaners Dede Afful aufgeführt, der sich als »Illegaler« durchs Leben schlägt (Eintritt: 8/6 Euro). Zu den Höhepunkten der Veranstaltungsreihe gehören am 11. und 12. November jeweils um 20.00 Uhr in der Dreieinigkeitskirche (St. Georgs Kirchhof) die beiden Darbietungen des Stadtteilchores Drachengold. Er präsentiert mit musikalischen und szenischen Beiträgen »Ein klares Lied zur Lage der Nation« (Eintritt: 8/6 Euro).

Das weitere Programm sieht Gespräche mit Einwanderern vor (22.11.2011, 6.3.2012), die Klosterschule wird eine Kulturnacht unter dem Titel »fremd« auf die Bühne bringen (1.12.2011), der iranische Autor Mahmood Falaki liest (18.1.2012), Pastor Gunter Marwege kontrastiert Jesus mit der herrschenden »Leitkultur« (19.1.), ein studentischer Arbeitskreis thematisiert den »Multikulturalismus in rassistischen Machtstrukturen« (24.1.), gezeigt wird der Film »Almanya« (26.1.), das Menüett der Geschichtswerkstatt gestaltet wieder ein Literarisches Menü (4.2.), ein Bildungsurlaub flankiert das Programm (13.-17.2.), Sarrazins Machwerk wird analysiert (23.2.), ein kulinarischer Streifzug führt durchs Viertel (14.4.), das Vorstadttheater St. Georg begibt sich auf Spurensuche der Einwanderer (20./22.4.) und zum Abschluss gibt es »Platz für bisher Ungesagtes« (27.4.). Weiteres im Internet unter www.gw-stgeorg.de.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir in der Regel 14-täglich über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de oder heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de.

Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg.